



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Partei der Unabhängigen in der nordamerikanischen Union.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

auswärtige Blätter unserm Vändchen einen Dienst, wenn sie dem rein theoretischen, durch nichts begründeten Vorschlage des sog. Fortschritts, der wahrscheinlich auch im preussischen „Fortschritt“ ein Echo finden wird, zeitig entgegenzutreten. Daß man sich vorher über das Maß der in der Domänensache zu machenden Zugeständnisse vergewissere, bleibt ja nicht ausgeschlossen.

## Die Partei der Unabhängigen in der nordamerikanischen Union.

Man dürfte sich kaum ein treueres Spiegelbild der jetzigen politischen Zustände in den Vereinigten Staaten, mit allen ihren Verwirrungen und Möglichkeiten, denken können, als es uns durch die Municipalwahl, die Mitte December des vorigen Jahres zu Boston im Staate Massachusetts stattfand, in Wirklichkeit geboten worden ist. Wir geben nachstehend eine kurze Schilderung dieser Wahl, einmal, weil sie wesentlich zum bessern Verständniß der politischen Parteiverhältnisse in der nordamerikanischen Union beiträgt, dann aber auch, weil sie ein besonderes Licht auf die Stellung der Partei der sogenannten Unabhängigen (Independents) wirft und selbst für gewisse politische Verhältnisse in Europa lehrreich sein dürfte.

Im Jahre 1873 stellten die Demokraten in Boston als Candidaten für das Mayors- oder Bürgermeisteramt Herrn Samuel Cobb auf; derselbe wurde gewählt. Die Amtsverwaltung des Herrn Cobb war so vortrefflich, daß er im nächsten Jahre ohne Opposition wiedergewählt wurde. Sein zweiter Amtsstermin zeichnete sich durch eine ebenso tadellose Verwaltung aus, wie der erste, und am Schluß desselben wünschte Herr Cobb ins Privatleben zurückzutreten. Aber während der Mann das Amt nicht mehr suchte, suchte nun das Amt den Mann. Eine große Zahl angesehenen Bürger von allen politischen Parteischattirungen, Unabhängige, Republikaner und Demokraten erließen eine Adresse an ihn, welche ihn zu der Erklärung bewog, daß er das Mayorsamt noch einmal wieder annehmen würde.

Jetzt entwickelte sich aber plötzlich eine Opposition äußerst charakteristischer Art. Die politischen Drahtzieher, Aemterjäger, Jobbers u. s. w. hatten nämlich unter Herrn Cobb ihre Rechnung nicht gefunden; sie meinten daher, es sei an der Zeit, einen andern Mayor zu wählen, nicht, weil der bisherige nicht gut

genug, sondern weil er zu gut gewesen sei. Dieser Oppositionsgrund sprach sich in der offensten und unzweideutigsten Weise aus. Daß Herr Cobb's Verwaltung als durchaus ehrenhaft, geschäftsmäßig und ökonomisch anerkannt werden mußte, leugnete Niemand. Aber er sei zu genau und zu streng, hieß es. Man könne durchaus keine persönliche Gunstbezeugung von ihm erlangen. Er frage gar nichts nach den politischen Parteiführern; er mache sich ein ordentliches Vergnügen daraus, „Nein“ zu sagen, und er sage es oft in sehr kurz angebundener Weise. Die persönlichen Gunstbezeugungen oder „Jobs“ klein und groß, an welche die Handwerkspolitiker so gewöhnt waren, und durch welche in der guten alten Zeit so mancher schöne Dollar in ihre Taschen geflossen, stießen ganz und gar weg. Die sonst so beliebten Aemtchen mit guter Bezahlung und wenig Arbeit gäbe es nicht mehr, und überhaupt habe Herr Cobb die sonderbare Marotte, bei seinen Anstellungen gar nichts auf politische Empfehlungen zu geben, sondern mit einer nie dagewesenen Impertinenz sich zu erkundigen, ob der sich meldende Candidat ein Mann von tadellosem Charakter und hinreichender Fähigkeit sei. Kurzum, Herr Cobb sei ein Beamter, zwar ganz nach dem Herzen der aufgeblasenen Steuerzahler, aber total unannehmbar, unbrauchbar und nutzlos für Politiker.

Das gesammte politische Aemterjäger- und Drahtzieherthum in Boston schaarte sich daher Ende des letztverflossenen Jahres um einen andern Mayorscandidaten, Herrn Boardman, den man auf dem gewöhnlichen Wege der regulären Nomination und disciplinirten Parteiunterstützung zu wählen hoffte. In ihm erwartete man wenigstens einen Mayor zu haben, mit dem der Handwerkspolitiker ein ordentliches Wort sprechen könne. Wirklich gelang es diesen eigennützigem Elementen, in der republikanischen Stadt-Convention durch die Anwendung der gewöhnlichen Mittel Herrn Boardman als Mayorscandidaten eine ganz kleine Stimmenmehrheit zu verschaffen. Aber die Cobb-Beute, welche nicht allein den besten und intelligentesten Theil der Bürgerschaft, sondern auch die stärksten republikanischen Stadttheile (Wards) repräsentirten, ließen sich das nicht gefallen. Sie verließen die erwähnte Convention und constituirten sich dann als die eigentliche wahre republikanische Convention, auf den Grund hin, daß die andere den deutlich ausgesprochenen Volkswillen verachte und überhaupt nur eine Minderheit der republikanischen Stimmgeber Bostons vertrete. Dann nominirten sie Cobb in aller Form und appellirten an alle guten Bürger, denen es um eine ehrliche Stadtregierung zu thun sei.

Nun zeigte sich indeß der wahre Geist der alten amerikanischen Parteiorganisationen in seiner vollen Glorie. Die republikanischen und demokratischen Drahtzieher thaten sich zusammen und gingen einen Handel ein, nach

welchem Herr Boardman auch die reguläre demokratische Nomination haben, wogegen den Demokraten eine ansehnliche Zahl der anderen Stadttämter gesichert werden sollte. Dieser Handel kam zu Stande, und jetzt entwickelte sich folgendes interessante Schauspiel: Auf der einen Seite Herr Cobb, ursprünglich Demokrat, von den angesehensten Republikanern als Candidat aufgestellt und von den besten Elementen aller Parteien unterstützt, auf den Grund hin, daß er ein ehrenhafter und fähiger Mann sei und dem Gemeinwesen eine gute Verwaltung sichern werde; auf der anderen Seite Herr Boardman, ein Republikaner, von republikanischen Drahtziehern als Candidat aufgestellt und von den Demokraten ebenfalls regulär nominirt und von den Handwerkspolitikern, Bummlern, Profitmachern und den corrupten Elementen jeder Art in beiden Parteien, der republikanischen und der demokratischen, unterstützt; — und diese ganze bunte Sippschaft, deren Mitglieder sonst einander als Republikaner und Demokraten mit der bittersten Parteitoleranz verfehert und angefeindet hatte, nun in der holdesten Eintracht zusammen arbeitend, um nur ja das Unglück einer streng rechtlichen Stadtregierung zu verhüten, um den öffentlichen Schatz den selbstüchtigen Politikern wieder zu öffnen und die öffentliche Verwaltung dem corrupten Drahtzieherthum wieder dienstbar zu machen. So sah man denn zu Boston im engen Rahmen einer Stadtwahl, aber im klarsten Lichte und in der genauesten Sonderung, den Kampf der guten Elemente der beiden großen Parteien auf der einen Seite gegen die schlechten Elemente dieser beiden Parteien auf der andern.

Nach den uns vorliegenden Zeitungsberichten zu urtheilen, hat die Stadt Boston seit Menschengedenken keinen municipalen Wahlkampf von solcher Lebhaftigkeit gesehen. Natürlich ließen die Politiker, bei denen es sich wesentlich um die Leute handelte, alle Mienen springen; aber auch die ehrlichen Leute legten tapfer Hand an, um die Stadt nicht in die Hände des politischen Brigantenthums fallen zu lassen. Man sah die angesehensten und geachtetsten Bürger, jung und alt, von Morgen bis Abend an den Wahlplätzen wirken und die faumseligen Stimmabgeber an die Stimmkästen bringen. Das Resultat war: die Wahl Cobb's mit starker Majorität und die totale Niederlage des verbündeten Jobber- und Drahtzieherthums beider Parteien. In erster Linie ist dieser Sieg unzweifelhaft für die Stadt Boston selbst sehr erfreulich; er würde aber sicherlich von noch viel größerem Werthe sein, wenn die ganze Union die von dieser Stadtwahl gelieferte Lehre sich zu Herzen nehmen und bei den kommenden Staats- und Nationalwahlen darnach handeln wollte.

Denken wir uns das in Boston gegebene Schauspiel einmal auf das

Gebiet der nationalen Politik der Vereinigten Staaten verpflanzt und bei Gelegenheit der nächsten Präsidentenwahl in Scene gesetzt; wie würde es sich etwa ausnehmen? Eine Anzahl von Männern, die in öffentlichem Ansehen stehen, Unabhängige oder den beiden großen Parteien angehörig, bringt in passender Weise einen Candidaten in Vorschlag, dessen Charakter und erprobte Fähigkeiten für die bestmögliche Regierung die stärkste Garantie bieten; es wird mit Umsicht und Energie auf die öffentliche Meinung eingewirkt, um einem solchen Candidaten die nöthige Unterstützung zu verschaffen; verbündet sich das corrupte Parteimaschinenthum gegen ihn, so appellirt man kühn an das Volk und versucht alle ehrlichen, denkenden und wahrhaft patriotischen Elemente für ihn in thätige Bewegung zu setzen. In Boston geschah dies, wie wir gesehen haben, mit dem besten Erfolge; wie wäre ein solcher Versuch in großem Maßstabe zur hundertsten Geburtstagsfeier der Union? Unzweifelhaft ist ein derartiges Unternehmen im Großen viel schwieriger als im Kleinen, es haftet ihm ein gut Theil Idealismus an, — aber es wäre doch zu überlegen. Und in der That ist jüngst von Karl Schurz der Vorschlag gemacht worden, daß sich, mit Hinblick auf die wachsende Stärke der Unabhängigen, unter Umständen die besten Elemente in den Vereinigten Staaten auf dem Felde der National-Politik vereinigen und einen selbstständigen Präsidentschaftscandidaten aufstellen möchten.

Der Schurz'sche Vorschlag ist von der amerikanischen Presse, namentlich von der deutsch-amerikanischen, vielfach erörtert worden und der wichtigste Einwand dagegen geht dahin: „Es sei eine ausgemachte Sache, daß der diesjährige Präsidenten-Wahlkampf noch in der gewöhnlichen Weise zwischen den beiden alten Parteioorganisationen der Republikaner und Demokraten ausgefochten werden müsse, und mit dieser Thatsache habe das unabhängige Element sich abzufinden.“ Dieser Einwand ist indeß wohl kaum mehr, als eine unerwiesene Behauptung; aber selbst wenn man ihn als thatsächlich begründet annehmen wollte, so bliebe immer noch die Beantwortung der wichtigen Frage übrig: Welche Stellung wird die Fraction der Unabhängigen, zu deren Hauptvertretern Karl Schurz gehört, einnehmen, und wie wird sie ihren nicht zu unterschätzenden Einfluß zur Förderung des allgemeinen Besten geltend machen können?

Diese Frage werden wir in unsrer nächsten Correspondenz weiter erörtern.

Rudolf Doehn.